



**Konsumentenverbände**

# Besserer Schutz für die Konsumenten



Lebensmittel sollen sauber und sicher sein. Ein eigenes Bundesamt soll sich um die Lebensmittelsicherheit kümmern, lautet eine politische Forderung.

KEYSTONE

► In der Lebensmittelsicherheit seien zu viele Stellen involviert, wird kritisiert.

► Die Konsumpolitik des Bundes sei zersplittert, sagt SVP-Ständerat Germann.

**Konsumentenschützer und das Parlament fordern mehr Effizienz im Bereich Lebensmittelsicherheit. Fernziel wäre ein darauf spezialisiertes Amt.**

VON JÜRGEN AUF DER MAUR

«Ich hoffe, dass der Nationalrat speeditiv hinter die Angelegenheit geht, damit endlich Nägel mit Köpfen gemacht werden.» Der Schaffhauser SVP-Ständerat Hannes Germann spricht eine Motion an, die der Ständerat mit 18 zu 5 Stimmen – gegen den Willen von Bundesrat Pascal Couchepin – in der letzten Session genehmigt hat. Darin wird der Bund aufgefordert, für mehr Effizienz im Bereich Lebensmittel und Produktesicherheit zu sorgen. Die heutige Konsumpolitik des Bundes sei, so Germann, zersplittert. In der Tat: Nicht weniger als fünf Bundesämter, verteilt auf verschiedene Departemente, kümmern sich um solche Fragen. Dazu kommt noch, dass jeweils auch noch verschiedenste kantonale Stellen involviert sind.



### Gipfeltreffen mit der Wirtschaft

Der Ständerat ist mit seinem Wunsch nicht alleine. Am kommenden Mittwoch werden sich Vertreter verschiedener Konsumentenorganisationen zusammen mit Verantwortlichen aus Wirtschaft und Handel treffen, um zu prüfen, wie auf den Bund in dieser Sache Druck gemacht werden kann.

Der Bundesrat weigert sich nämlich standhaft, Schritte einzuleiten, obwohl das Anliegen aus dem Parlament immer wieder auf den Tisch kam. Germann: «Eigentlich sind alle dafür, nur der Bundesrat sperrt sich.»

### Klare Zuständigkeiten

«Geht es um Lebensmittelsicherheit oder Produkteschutz, sind zu viele Stellen involviert. So geht es nicht», sagt Urs Klemm. Der ehemalige Vizedirektor im Bundesamt für Gesundheit (BAG) hat sich als Geschäftsleitungsmitglied beim Konsumentenforum (kf) den Kampf für eine kohärente Konsumpolitik Schweiz (KoKos) auf die Fahne geschrieben. Darunter versteht er:

- Klare Zuständigkeiten auf Bundesebene dank einer einzigen Ansprechstelle;
- eine objektive Risikobeurteilung;
- handhabbare und verständliche Rechtsgrundlagen;

- eine zeitgerechte Risikokommunikation;
- ein vertrauenswürdiges Krisenmanagement sowie eine;
- wirksame Interessenvertretung auf internationaler Ebene.

Klemm geht aber sogar noch einen Schritt weiter: Für ihn ist ein neues Bundesamt für Lebensmittel- und Produktesicherheit das Ziel, das es anzuvizieren gilt.

### Sommaruga zieht mit

Mit einem ähnlichen Anliegen wie Germann und Klemm ist die Berner SP-Ständerätin und Präsidentin der Stiftung für Konsumentenschutz (SKS), Simonetta Sommaruga, schon als Nationalrätin beim Bundesrat aufgelaufen.

«Eine gute Koordination zwischen den Bundesämtern, aber auch zwischen dem Bund und den Kantonen ist gerade im Bereich Lebensmittelsicherheit sehr wichtig», sagt die oberste Konsumentenschützerin heute. «Das unterstützen wir von der Stiftung Konsumentenschutz.»

Sommaruga warnt aber davor, den Blick nur auf organisatorische Fragen zu richten. «Die Forderung nach einem neuen Bundesamt kann man stellen. Sie allein reicht aber nicht», sagt Sommaruga. Die Stiftung Konsumentenschutz konzentrierte sich deshalb darauf, die Rechte der Konsumenten zu

stärken. Konkret: «Wir setzen uns dafür ein, dass man die Konsumenten beim Kleingedruckten nicht überrumpeln darf, dass die lästigen Telefonverkäufe aufhören und bei Lebensmitteln die Deklaration verbessert wird.»

### Hohe Folgekosten

Das Handlungsbedarft bei der Lebensmittelsicherheit besteht, ist unbestritten. Gleich mehrere Vorfälle in den vergangenen Jahren sorgten für Aufsehen. So wurden mit Salmonellen belastete Eier zwar in der Ostschweiz verboten, sie kamen dann aber durch einen Zentralschweizer Händler doch in den Handel. Und die Behandlung des Problems, das durch Mineralöl verunreinigtes Sonnenblumenöl aus der Ukraine entstand, verursachte damals ebenfalls erhebliche Folgekosten.



**«Die Forderung nach einem neuen Bundesamt kann man stellen. Sie allein reicht aber nicht.»**

SIMONETTA SOMMARUGA,  
KONSUMENTENSCHUTZ



**Neue Luzerner Zeitung Gesamtausgabe**

**08.08.2008**

Seite 3 / 3

Auflage/ Seite

131153 / 7

9075

Ausgaben

300 / J.

6564650

EVD / PD / UVEK / EFD / EDI / EJPD

Dieser Artikel erschien in folgenden Regionalausgaben:

*Titel*

*Auflage*

Neue Luzerner Zeitung

87'128

Neue Zuger Zeitung

20'357

Neue Urner Zeitung

4'349

Neue Schwyzer Zeitung

4'045

Neue Nidwaldner Zeitung

9'314

Neue Obwaldner Zeitung

5'960